

o.713-22. - EA/BRO/gk

Bern, den 26. Februar 1982

p.B.51.10.(6.)

Sa 26. Feb. 82 18

Notiz an die Völkerrechts-Direktion

ANTWORT AUF DAS POSTULAT NANCHEN

Beitrag der Politischen Abteilung I (bilateral)
 (Ist dem Beitrag der Politischen Abteilung II zu integrieren)

A) INTERVENTIONEN GENERELLER ARTUngarn

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn hat der Bundesrat am 4. November 1956 seiner Bestürzung über diese Ereignisse Ausdruck gegeben. Er wies darauf hin, dass die durch die Charta der Vereinten Nationen und andere zwischenstaatliche Verträge anerkannten Grundsätze des Völkerrechts und der internationalen Moral verletzt worden seien, und dass von neuem die Gewalt das Recht verdrängt habe. Der Bundesrat verlangte zudem den sofortigen Verzicht auf die Fortführung der in Gang befindlichen Aktion sowie die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten.

(Erklärung des Bundesrates vom 4.11.1956, Beilage 1)

Tschechoslowakei

Im Namen des Bundesrates gab am 21. August 1968 der Bundeskanzler eine Erklärung zu den Ereignissen in der CSSR ab.

(Erklärung des Bundeskanzlers vom 21.8.1968, Beilage 2)

Ebenfalls wurde der Presse ein Communiqué durch die parlamentarischen Kommissionen für Auswärtige Angelegenheiten übergeben, worin folgendes hervorgehoben wurde: "Les Commissions condamnent sévèrement, en parfaite harmonie avec l'opinion publique suisse unanime, l'agression brutale et non provoquée menée par les troupes du Pacte de Varsovie sous la direction soviétique contre l'Etat souverain de Tchécoslovaquie, ainsi

que les conditions dans lesquelles le Parlement et le Gouvernement de ce pays ont été mis hors d'état de fonctionner normalement."

(Pressecommuniqué vom 23.8.1968, Beilage 3)

Spanien

Im Jahre 1975 wurden in Spanien baskische Terroristen zum Tode verurteilt. Gegen 5 von ihnen wurde die Todesstrafe vollstreckt. Daraufhin hat der Bundesrat - gleichzeitig mit anderen Ländern - dagegen protestiert. Insbesondere hat er auf die Entrüstung und Traurigkeit aufmerksam gemacht, die sich im Zusammenhang mit der Vollstreckung dieser Todesurteile aller Schichten des Schweizervolkes bemächtigt hatte. Zudem zeigte er sich besorgt über die Folgen, welche diese Vorgänge für die Zukunft eines Landes haben könnten, für welches das Schweizervolk immer eine aufrichtige Freundschaft empfunden hat. Als besonderes Zeichen des Missfallens hat der Bundesrat den schweizerischen Botschafter in Madrid zu Konsultationen nach Bern zurückbeordert.

(Erklärung des Bundesrates vom 29.9.1975, Beilage 4)

Das Verhalten des Bundesrates wurde eingehend in der Antwort auf die Interpellation Schwarzenbach vom 1.10.1975 erläutert.

(Interpellation Nr. 75.470, Beilage 5)

Polen

Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 hat der Bundesrat schon am folgenden Tag eine Erklärung zu den Ereignissen abgegeben und damit die polnische Regierung ersucht, die willkürlich Verhafteten freizulassen. Weiterhin gab er auch der Hoffnung Ausdruck, dass der Ausnahmezustand bald aufgehoben und die Menschenrechte voll verwirklicht werden mögen. Er wies auch darauf hin, dass Polen in der Lage sein sollte, seine inneren Angelegenheiten ohne Anwendung von Gewalt und ohne Intervention durch Drittstaaten lösen zu können.

(Erklärung des Bundesrates vom 14.12.1981, Beilage 6)

B) INTERVENTIONEN SPEZIFISCHER ART

Tschechoslowakei

Auf eine Kleine Anfrage von Nationalrat Copt vom 17. März 1972 betreffend Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei antwortete der Bundesrat am 17. Mai 1972, dass "à plusieurs reprises déjà, le Conseil fédéral a eu l'occasion de dire qu'il condamne toutes les atteintes aux droits fondamentaux de la personne humaine en quelque pays qu'elles soient commises. Il n'en demeure pas moins que le Conseil fédéral ne peut se prononcer sur des actes de pure politique intérieure d'un pays tiers sans enfreindre le principe de la non-ingérence dans les affaires d'un autre Etat, qui est un des principes fondamentaux du droit international".

(Kleine Anfrage Nr. 114, Beilage 7)

Griechenland

Auf eine Kleine Anfrage von Nationalrat Ziegler vom 18. Dezember 1972 betreffend politische Gefangene in Griechenland antwortete der Bundesrat am 31. Januar 1973 wie folgt: "Le Conseil fédéral n'a pas l'intention d'intervenir auprès du gouvernement grec de la manière envisagée par M. Ziegler. Cependant, il continuera à faire valoir, aussi souvent qu'il le jugera possible, les considérations humanitaires qui devraient l'emporter. D'autre part, une intervention au Conseil de l'Europe est exclue puisque la Grèce s'est retirée de cette organisation en 1969."

(Kleine Anfrage Nr. 279, Beilage 8)

UdSSR/Chile

Auf eine Dringliche Kleine Anfrage von Nationalrat Müller-Luzern vom 18. September 1973 betreffend "Aufruf für die Menschenrechte" im Zusammenhang mit Verletzungen derselben in der UdSSR und in Chile antwortete der Bundesrat am 24. September 1973 wie folgt: "Der Bundesrat wendet sich gegen jede Missachtung der Menschenrechte, ob es sich dabei um eine Beeinträchtigung der Freiheit des Geistes oder um eine unrechtmässige Bedrohung von Menschenleben handle. Er ist entschlossen,

an der traditionellen Bereitschaft unseres Landes festzuhalten, Verfolgten und Bedrohten aus aller Welt Zuflucht zu gewähren. Zudem beteiligt er sich an allen auf internationaler Ebene unternommenen Bemühungen, welche darauf abzielen, die Respektierung der Menschenrechte, vor allem das Recht der freien Meinungsäusserung, zu gewährleisten."

(Dringliche Kleine Anfrage Nr. 449, Beilage 9)

Zypern

Im Zusammenhang mit der türkischen Invasion in Zypern richtete Nationalrat Alder eine Dringliche Kleine Anfrage an den Bundesrat am 19. September 1974, in welcher er eine Intervention der Schweiz bei der türkischen Regierung zum Zwecke der Beendigung der türkischen Invasion vorschlug. In seiner Antwort vom 9. Oktober erklärte der Bundesrat, dass er sich gemäss konstanter Praxis gegenüber dem gegenwärtigen Konflikt eine gewisse Zurückhaltung auferlegen müsse. Weiter fuhr er fort: "Diese traditionelle Haltung hindert den Bundesrat nicht daran, die menschlichen Leiden, die der Zypernkonflikt bewirkt, zutiefst zu bedauern. Er hat im Übrigen alles unternommen, was in seiner Macht lag, um die humanitäre Hilfsaktion für die Obdachlosen und Flüchtlinge zu unterstützen, welche an Ort und Stelle insbesondere vom IKRK und dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen durchgeführt wird. Die Schweiz wird sich auch an der gemeinsamen humanitären Hilfe beteiligen, die der Europarat zugunsten der zypriotischen Opfer des Konflikts in die Wege zu leiten gedenkt."

(Dringliche Kleine Anfrage Nr. 710, Beilage 10)

Europäische Oststaaten

In der Antwort auf eine Interpellation von Nationalrat Oehler vom 17. März 1977 zur "Schweizerischen Haltung gegenüber Dissidenten in den Oststaaten" erklärte der Bundesrat insbesondere: "Dans la mesure où nous avons à nous occuper de cas particuliers, nous recourons en général à la voie diplomatique. Cette manière de faire conduit à de bons résultats et c'est une constatation qu'il est facile de faire

à la veille de Belgrade, qui a incité quelques-uns des Etats de l'Est à donner enfin satisfaction à une série de nos requêtes; mais bien sûr ces cas particuliers doivent être traités conformément aux principes et aux dispositions de l'Acte final."

(Interpellation Nr. 77.301, Beilage 11)

UdSSR

- Im Zusammenhang mit Dissidentenprozessen in der Sowjetunion wurde auf Verlangen des Bundesrates der sowjetische Botschafter in Bern am 14. Juli 1978 von einem hohen Beamten des EDA zitiert, wobei anschliessend folgende Mitteilung der Presse übergeben wurde: "Im Auftrage des Bundesrates wird dem sowjetischen Botschafter das Unbehagen der Behörden und weiter Volkskreise der Schweiz über die in der jüngsten Vergangenheit gefällten Urteile und die in der Sowjetunion laufenden Prozesse gegen Dissidenten ausgedrückt, die mit den in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Prinzipien kaum vereinbar sind. Die Schweiz wäre bereit, die von diesen Verfahren betroffenen Dissidenten in unserem Land aufzunehmen.
- Der Bundesrat hat sich im übrigen zu verschiedenen Einzelfällen (z.B. Sacharow am 25.1.1980) geäussert (Beilage 12). Zusätzlich hat sich das EDA in verschiedenen anderen Einzelfällen durch die ihm zur Verfügung stehenden Kanäle für die humanere Behandlung oder auch für die Ausreiseerlaubnis von Gruppen, Familien oder einzelnen Personen sowjetischer Dissidentenkreise eingesetzt (als letztbekanntester Fall sei auf die Angelegenheit der Liza Alexejeva, Schwiegertochter von Sacharow verwiesen).

Uebrige Oststaaten (ohne UdSSR)

Auch in diesen Ländern setzte sich das EDA im humanitären Sinne ein. Insgesamt wurde während der vergangenen Jahre in solcher Weise hunderte von Fällen humanitärer Natur (Familienzusammenführungen, Eheschliessungen mit nachfolgender Ausreise und Besuchsreisen) gelöst. Neben diesen

Angelegenheiten, die stets in Verbindung mit den in der Schweiz lebenden Familienangehörigen standen, bemühte sich das EDA jedoch auch darum, bei den jeweiligen Regierungen Hafterleichterungen, Ausreisen oder den Menschenrechten entsprechende Bedingungen für Dissidenten und Übrige diesen Regierungen missliebige Personen zu erwirken.

Die Sektion für konsularischen Schutz hat verschiedene Listen der erfolgten Interventionen sowie der gegenwärtig hängigen humanitären Fälle erstellt. Diese Dokumentation kann auf Wunsch bei Herrn Mehr verlangt werden.

POLITISCHE ABTEILUNG I

(E. Brunner)

12 Beilagen

Sa 26. Feb. 82 18



voici l'expe proclamation Conseil
fédéral d'hier soir. La proclamation
n'a pas été notifiée aux destinataires
individuellement :

Le Conseil fédéral a appris avec consternation les événements qui se déroulent en Hongrie. Il sait qu'il partage les sentiments du peuple suisse en exprimant la douleur qu'il ressent devant le coup porté à l'indépendance, à la liberté et au droit de libre disposition d'un peuple ami, le peuple hongrois. Ces événements démontrent que les principes du droit des gens et de la morale internationale consacrés par la Charte des Nations Unies et par d'autres accords internationaux sont violés et que la force de nouveau l'emporte sur le droit. Ces événements, comme ceux dont depuis quelques mois le Proche Orient est le théâtre, feront de nombreuses victimes innocentes et menacent de détruire les fondements sur lesquels doit reposer une paix réelle entre les races, les peuples et les nations.

Le Conseil fédéral forme le voeu ardent que les puissances engagées dans les conflits armés actuels, mettent leur attitude et leurs décisions en accord avec les principes qu'elles proclament, renoncent à poursuivre les actions en cours et consentent immédiatement à une cessation des hostilités pour résoudre par des négociations les problèmes qui les divisent.

Berne, le 4 novembre 1956.

Mit Bestürzung hat der Bundesrat die Ereignisse, die sich in Ungarn abspielen zur Kenntnis genommen. Der Bundesrat weiss sich einig mit dem Empfinden des Schweizervolkes wenn er seinem Schmerz Ausdruck gibt darüber, dass die Unabhängigkeit, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des mit der Schweiz befreundeten ungarischen Volkes unterdrückt werden. Diese Vorgänge zeigen uns, dass die durch die Charta der Vereinten Nationen und andere zwischenstaatliche Verträge anerkannten Grundsätze des Völkerrechts und der internationalen Moral verletzt werden, und dass von neuem die Gewalt das Recht verdrängt. Diese Ereignisse und die Geschehnisse, deren Schauplatz seit einigen Monaten der nahe Osten ist, werden viele unschuldige Opfer verursachen und drohen, die Grundlagen zu zerstören, auf denen ein wirklicher Friede zwischen den Rassen, Völkern und Nationen beruhen soll.

Der Bundesrat gibt seinem dringenden Wunsche Ausdruck, es möchten die in die gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzungen verwickelten Mächte ihr Verhalten und ihre Entschlüsse in Einklang bringen mit den Grundsätzen, die sie verkünden, durch Verzicht auf die Fortführung der in Gang befindlichen Aktionen und durch sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, um die sie trennenden Konflikte durch Verhandlungen beizulegen.

Bern, den 4. November 1956.



5.3.73. Tch. O. (2)

Mündliche Erklärung des Bundeskanzlers

Der Vorsteher des Eidg. Politischen Departementes hat den Bundesrat zu Beginn der heutigen Sitzung über die neuesten Ereignisse in der Tschechoslowakei orientiert. Der Bundesrat hat die Entwicklung in ihren verschiedensten Aspekten besprochen.

Im Verlaufe der letzten Monate hat die Bevölkerung der Tschechoslowakei unzweideutig ihrem Wunsche Ausdruck verliehen, grössere Freiheiten auf dem Gebiete der persönlichen Rechte zu geniessen.

Das Schweizervolk hat dieses Verlangen mit Sympathie aufgenommen und mit grossem Interesse die Verhandlungen der letzten Wochen verfolgt. Es muss sich heute mit Besorgnis fragen, ob Unabhängigkeit und Lebensrechte der kleinen Länder in der heutigen Welt neuerlich bedroht sind.

Der Bundesrat verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Lage und ihre möglichen Auswirkungen.

Déclaration verbale du chancelier de la Confédération

Le chef du département politique fédéral a renseigné le Conseil fédéral, au début de la séance d'aujourd'hui, sur les derniers événements de Tchecoslovaquie. Le Conseil fédéral s'est entretenu du développement de la situation sous ses différents aspects.

Au cours de ces derniers mois, le peuple tchécoslovaque a manifesté sans équivoque son désir de voir les libertés et les droits des personnes mieux assurés.

Ces aspirations ont rencontré la sympathie du peuple suisse qui a suivi avec beaucoup d'intérêt les pourparlers de ces dernières semaines. Il se demande aujourd'hui avec inquiétude si l'indépendance des petits pays et leur droit à l'existence sont encore respectés dans le monde d'aujourd'hui.

Le Conseil fédéral suit avec attention l'évolution de la situation et se préoccupe des conséquences qu'elle pourrait avoir.

21.8.1968

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

Berne, le 23 août 1968

Communiq u é d e p r e s s e

Les Commissions des affaires étrangères du Conseil national et du Conseil des Etats se sont réunis en session extraordinaire à Berne, le 23 août, sous la présidence de M. Walther Hofer, Conseiller national, et en présence de MM. Willy Spühler, Président de la Confédération, Pierre Micheli, Secrétaire général du Département politique, et Ernesto Thalmann, Chef de la Division des Organisations internationales dudit Département, afin de discuter de la situation résultant de l'intervention de l'Union Soviétique et de ses satellites en Tchécoslovaquie. Le Président de la Confédération a orienté les Commissions sur le cours des événements tragiques de ces derniers jours et sur leurs conséquences pour notre pays, soulignant l'inquiétude profonde suscitée par le fait que la souveraineté d'un petit Etat aspirant à la liberté et à l'indépendance est une fois de plus mise en question lorsqu'il ne se plie pas aux intérêts d'Etats plus puissants. Il donna ensuite connaissance aux Commissions des mesures prises par le Conseil fédéral, en particulier celles en faveur des réfugiés. Dans la discussion qui suivit, les Commissions condamnèrent sévèrement, en parfaite harmonie avec l'opinion publique suisse unanime, l'agression brutale et non provoquée menée par les troupes du Pacte de Varsovie sous la direction soviétique contre l'Etat souverain de Tchécoslovaquie, ainsi que les conditions dans lesquelles le Parlement et le Gouvernement de ce pays ont été mis hors d'état de fonctionner normalement. Les Commissions expriment leur entière sympathie à la population de la Tchécoslovaquie unie dans la défense de ses droits fondamentaux et de son indépendance nationale; elles constatent que la souveraineté de la Tchécoslovaquie ne peut être rétablie que par le retrait complet et immédiat des troupes d'occupation ainsi que par la libération des hommes d'Etat et politiques arrêtés.

~~Kanzlei W 252~~

4

Erklärung des Bundesrates

1. Der Bundesrat war durch die Todesurteile, die vor kurzem in Spanien verhängt wurden, tief bewegt. Im Bemühen um Diskretion hat er, der Praxis entsprechend, immerhin davon abgesehen, seine Demarche um Begnadigung, welche er auf üblichem diplomatischen Wege bei der spanischen Regierung unternahm, öffentlich bekanntzugeben; dies um zu vermeiden, dass eine solche Intervention das Gegenteil bewirke.
2. Die fünf Hinrichtungen, die nun stattgefunden haben, haben den Bundesrat bewogen, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten. Er zeigt sich zutiefst bestürzt über die Tatsache, dass die Regierung in Madrid die dringlichen Appelle, welche ihr von überall her zugehen, und die von unzähligen zivilen und religiösen Stellen auf der ganzen Welt im Hinblick auf eine Begnadigung der Verurteilten erlassen wurden, unberücksichtigt liess.
3. Unter diesen tragischen Umständen teilt der Bundesrat die Ent-rüstung und die Traurigkeit, die sich aller Schichten des Schwei-zervolkes bemächtigt haben. Er zeigt sich zudem sehr besorgt über die Folgen, welche diese Vorgänge für die Zukunft eines Landes haben könnten, für welches das Schweizervolk immer eine aufrichtige Freundschaft empfunden hat.
4. Angesichts dieser Umstände hat der Bundesrat beschlossen, seinen Botschafter in Madrid zu Konsultationen zurückzurufen.

3003 Bern, 29. September 1975

Déclaration du Conseil fédéral

- 1) Le Conseil fédéral a été vivement ému par les récentes condamnations à mort prononcées en Espagne. Si, selon l'usage, il n'a pas rendu publique la démarche qu'il a entreprise dans le sens de la clémence auprès du gouvernement espagnol par la voie diplomatique courante ce fut dans un souci de discrétion, pour éviter que cette intervention n'aille à fins contraires.
- 2) Les cinq exécutions qui viennent d'avoir lieu amènent le Conseil fédéral à sortir de sa réserve. Il se déclare profondément choqué par le fait que le gouvernement de Madrid n'a pas tenu compte des appels pressants qui lui avaient été adressés de toute part, et qui émanaient d'innombrables autorités civiles et religieuses, pour que la vie de tous les condamnés soit épargnée.
- 3) En cette tragique circonstance le Conseil fédéral partage l'indignation et la tristesse qui se sont emparées des milieux les plus représentatifs du peuple suisse. Il éprouve en outre une grave inquiétude quant aux conséquences que ces événements risquent d'avoir sur l'avenir d'un pays auquel le peuple suisse a toujours porté une sincère amitié.
- 4) Vu ces circonstances, le Conseil fédéral a décidé de rappeler son Ambassadeur à Madrid pour consultations.

29.9.1975



gnant sur cette heure franco-italienne qui, assurément, sera demain l'heure européenne ainsi qu'on a pu l'apprendre récemment du Parlement de l'Europe des Neuf à Strasbourg.

C'est pourquoi je demande au Conseil fédéral d'introduire l'heure d'été le plus tôt possible et cela sans attendre les décisions de la République fédérale allemande, de l'Autriche et du Liechtenstein qui sont elles-mêmes suspendues à l'intransigeance de la République démocratique allemande en ce qui concerne la ville de Berlin.

Le temps c'est de l'argent, dit-on, et c'est vrai au premier chef en un pays horloger, mais la détermination du temps, son harmonisation, c'est aussi un impératif communautaire, un axiome de la solidarité confédérale et européenne.

M. Graber, conseiller fédéral: Je déclare d'emblée que le Conseil fédéral accepte ce postulat. J'aurais pu me limiter à cette déclaration laconique si je n'éprouvais le besoin de préciser que le Conseil fédéral accepte ce postulat, mais sous forme de postulat. Si je m'exprime ainsi, c'est que la conclusion de M. Wilhelm est un peu ambiguë; il a choisi une forme relativement impérative qui est plutôt celle de la motion – le Conseil fédéral est invité à introduire l'horaire d'été. Le postulat signifie naturellement: le Conseil fédéral est invité à examiner dans les meilleurs délais et de la manière la plus raisonnable si l'heure d'été s'impose ou ne s'impose pas. Dans ce sens-là, une fois encore, nous acceptons le postulat.

Überwiesen – Transmis

75.470

Interpellation Schwarzenbach. Rückruf des Schweizer Botschafters in Madrid Rappel de l'Ambassadeur de Suisse à Madrid

Wortlaut der Interpellation vom 1. Oktober 1975

Der Bundesrat hat aus Protest den schweizerischen Botschafter in Madrid zu Konsultationen zurückgerufen. Auf der Schweizer Botschaft in Madrid bezeichnete man diese Massnahme «als nicht sehr angebracht». Der Bundeskanzler nannte den Schritt «ungewöhnlich».

Wie vereinbart der Bundesrat diesen ungewöhnlichen Protest mit der durch unsere Neutralität auferlegten Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten?

Texte de l'interpellation du 1er octobre 1975

En signe de protestation, le Conseil fédéral a rappelé pour consultation l'ambassadeur de Suisse à Madrid. A l'ambassade de Suisse à Madrid, cette mesure n'a pas été considérée comme très opportune. Le chancelier de la Confédération l'a qualifiée d'«inhabituelle».

Comment cette protestation inhabituelle est-elle compatible, selon le Conseil fédéral, avec notre neutralité, qui nous interdit de nous immiscer dans les affaires internes d'autres Etats?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Fischer-Bremgarten, Graf, König-Bern (3)

Schwarzenbach: Zunächst etwas Grundsätzliches: Was ist der Sinn einer Interpellation? Ist sie nicht ein parlamentarisches Instrument, um von zuständiger Seite auf eine brennende aktuelle Frage innert kürzester Frist eine einschlägige Antwort zu erhalten? Zu Beginn einer Session gestellt, sollte die Antwort des Bundesrates wenn möglich

noch in der gleichen Session erfolgen, keinesfalls erst nach drei Monaten, schon gar nicht erst nach sechs Monaten.

In einer Interpellation vom 1. Oktober 1975 habe ich mich nach den Motiven des Bundesrates für die Rückberufung des Schweizer Botschafters in Madrid zu Konsultationszwecken erkundigt. Das war eine aufsehenerregende Geste des Bundesrates, die nur schlecht in das traditionelle Bild enthaltsamer schweizerischer Aussenpolitik passte und die in weiten Kreisen auf harte Kritik gestossen ist. Es war eine ungewöhnliche Geste, die nach einer sofortigen Begründung rief. Freilich, Herrn Grabers Kollege Ritschard hat vorhin schon einen Teil meiner Interpellation beantwortet, indem er in erfrischender Offenheit sagte, die Schweiz leide leider an einer Krankheit: wir hätten die Grossmannssucht.

In der ersten Woche der Wintersession liess mir Herr Bundesrat Graber mitteilen, dass er nach vollen zwei Monaten noch nicht in der Lage sei, meine Interpellation zu beantworten; dies zu meinem nicht geringen Erstaunen, denn die Interpellation figurierte unter den behandlungsreifen Geschäften. Inzwischen ist es März geworden.

Gehe ich fehl, wenn ich aus dieser Verschleppung der Antwort den Schluss ziehe, dass es dem Bundesrat leichter fällt, aussenpolitische Beschlüsse zu fassen, als sie vor dem Parlament zu begründen? Ich weiss, dass es keine einsamen Beschlüsse eines einzelnen Bundesrates geben darf, dass auch bei dieser beanstandeten Demonstration der Bundesrat mindestens nachträglich als Kollegialbehörde verantwortlich gezeichnet hat. Warum nachträglich? Es gibt eine Version, wonach Herr Bundesrat Graber damals seine Kollegen zur Rechten und zur Linken vor eine vollendete Tatsache gestellt habe, indem er sie vom Rückruf erst dann in Kenntnis setzte, als der Botschafter sein Köfferchen schon gepackt hatte. Auf der Botschaft in Madrid bezeichnete man den Rückruf «als nicht sehr angebracht», und selbst der Herr Bundeskanzler wurde aus der Sache anfänglich nicht recht klug und nannte die Massnahme «ungewöhnlich».

Wenige Wochen später warf die Krönungsfeier von Juan Carlos ein neues Licht auf die gesamte Einstellung des Bundesrates zu dieser Angelegenheit. Im Namen der Eidgenossenschaft erschien Herr Bundesrat Furgler beim grossen Zeremoniell der Krönungsfeier für Juan Carlos, der als designierter Nachfolger General Francos ebenfalls auf das Movimiento eingeschworen war. Bundesrat Grabers Demonstration hatte sich gegen den Vollzug der Hinrichtungen aufgrund des Antiterroristengesetzes gerichtet. Bei der Krönungsfeier aber war dieses Gesetz unter dem genau gleichen Regime noch immer in Kraft. Ist es daher nicht widersprüchlich, dass der Bundesrat gegen ein und dasselbe Regime innert kürzester Frist die Methode von Peitsche und Zuckerbrot anwendet? Peitsche in der Rückberufung unseres Botschafters, Zuckerbrot, wenn man dem so sagen kann, in der Entsendung von Herrn Bundesrat Furgler. Man kann das notfalls in der Hoffnung auf eine Demokratisierung unter Juan Carlos erklären, der Widerspruch aber bleibt.

Anlass zur Rückberufung des Schweizer Botschafters waren die vollzogenen Todesurteile. Hier nur einige Angaben für eine vergessliche Zeit, was zum Terroristengesetz und dadurch zu den Hinrichtungen geführt hat. 6. Juni 1975: Ein Kommando der baskischen ETA überfällt in Barcelona eine Bank und erschiesst einen Polizisten. 14. Juni: Vor dem Gebäude der Iberia in Madrid wird ein Polizist erschossen. 19. Juli: Vor einem Polizeikommissariat in Madrid wird ein Polizeibeamter von hinten erschossen. 2. August: In einem Stadtviertel von Madrid wird ein Polizist von Hekenschützen erschossen, ein anderer schwer verletzt. 16. August: Vor seiner Madrider Wohnung wird ein Polizeioffizier erschossen; im Baskenland mehren sich die Bombenanschläge und Geiselnführungen. Am 22. August erlässt das spanische Kabinett ein Antiterroristengesetz, wonach Mörder von Polizisten, Soldaten und von Regie-

rungsbeamten zum Tode verurteilt werden müssen. Gestützt auf dieses Gesetz wurden die Todesurteile gefällt und vollzogen, worauf die bekannten weltweiten Protestkundgebungen und diplomatischen Schritte erfolgten, darunter jener, der Gegenstand dieser Interpellation ist.

Wie sieht ein Spanier, der vor sehr scharfer Kritik des Franco-Regimes nie zurückgeschreckt ist, dieses Antiterroristengesetz? Luca de Pena, Chefredaktor der Tageszeitung «ABC», kommentierte wie folgt: «Der exemplarische Charakter des Gesetzes gilt nicht nur für die Urheber der Verbrechen, sondern er gilt auch zugunsten der Ordnungskräfte. Angesichts der von den Organisationen ausgegebenen Weisung, die Jagd auf Polizisten zu verschärfen, müssen diese wissen, und nicht nur durch schöne Worte, sondern durch die Macht der Tatsachen, dass die spanische Gemeinschaft auf ihrer Seite steht und jene verteidigt, die sie verteidigen.» Sind uns solche Ueberlegungen ganz fremd? In der vergangenen Legislaturperiode, im Oktober 1972, wurde in diesem Saal eine umfassende Staatsschutzdebatte geführt. Die sich häufenden Terrorakte im Ausland lösten durch eine Interpellation Binder eine lebhaft Diskussion über die Rechtsgrundlagen zur Gewährleistung des Staatsschutzes aus. Ueber die Notwendigkeit eines Staatsschutzes war man sich von links bis rechts einig. Während Herr Gerwig vom «absolut notwendigen Staatsschutz» sprach, erklärte der freisinnige Henri Schmitt: «Il est même de notre devoir de défendre les droits démocratiques de des groupuscules extrémistes peu nombreux, je le reconnais, mettant en péril, en créant un état d'insécurité.» 1974 wurde in diesem Saal der Ruf nach Einführung der Todesstrafe als Schutz vor Gewaltverbrechen laut. Bei der Diskussion wurde daran erinnert, dass während des Aktiviendienstes eine grosse Zahl von Landesverrättern durch unsere Militärgerichte zum Tode durch Erschiessen verurteilt worden sind. Es gibt zahlreiche Staaten, mit denen die Schweiz, vorab aus wirtschaftlichen Gründen, ungetrübte diplomatische Beziehungen pflegt, ungeachtet der Tatsache, dass sie auch wegen ziviler Delikte hängen, enthaupten oder erschiessen. Darunter sind sogar Staaten, die es sich einfallen lassen, mit Selbstschussanlagen und Tretminen unschuldige Frauen, Männer und Kinder zu morden. In der DDR sind seit 1949 nachweisbar 210 Todesurteile gefällt worden, davon 71 aus politischen Gründen. In einem amtlichen Lehrkommentar, der eigentlich im Politischen Departement bekannt sein müsste, zu dem am 12. Januar 1968 in Kraft getretenen neuen Strafgesetzbuch der DDR, steht schwarz auf weiss: «Die Todesstrafe ist ein unabdingbares Gebot sozialistischer Gerechtigkeit.» Solschenizyn hat der Welt die Tragödie des Archipel Gulag geoffenbart, der Mathematiker Pliuschtsch die Vernichtungsmethoden der psychiatrischen Kliniken in der Sowjetunion. Ich habe noch nie den Protest des Bundesrates gegen diese amtlich bewilligte Morderei gehört, geschweige denn einen aufsehenerregenden Rückruf eines Botschafters zu Konsultationszwecken. In Nigeria sind letzte Woche 26 Verschwörer hingerichtet worden. Ist unser Botschafter auf der Heimreise? Was also hat den Bundesrat zu seinem Schritt bewogen? Hat Herr Bundesrat Graber nicht persönlich im Namen der Schweiz seine Unterschrift unter das KSZE-Abkommen gesetzt, mit der er die Schweiz verpflichtet hat, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und insbesondere jeder direkten oder indirekten Unterstützung des Terrorismus zu enthalten? Schwerer aber als die ohnehin fragwürdige Unterschrift von Helsinki wiegen die Gebote unserer traditionellen Neutralität, die auch dem Bundesrat – wie mir scheint – eine Verpflichtung sein müssten.

Ich habe nun meine Ueberlegungen, die zu dieser Interpellation geführt haben, in Kürze dargelegt und erwarte gerne die Antwort des Chefs des Politischen Departements. Ich danke Ihnen.

M. Graber, conseiller fédéral: Je n'ai aucune envie de m'attarder sur les éléments polémiques ou personnels que

M. Schwarzenbach a introduits dans le développement de son interpellation. Il me permettra simplement de lui dire quelque chose qu'il doit très bien savoir, c'est que cette réponse aurait été donnée au mois de décembre si M. Schwarzenbach n'avait pas dû s'absenter à partir de la deuxième semaine, ce que nous ne pouvions pas deviner, naturellement.

J'ajoute que ce bruit ridicule qu'il reprend ici d'un Conseil fédéral qui aurait été placé devant le fait accompli par le Chef du Département politique est précisément si ridicule qu'il ne vaut même pas la peine de s'y arrêter. Rien de semblable, bien sûr, n'est arrivé. Mais enfin je laisse de côté ces éléments, ne serait-ce que pour ne pas gaspiller de l'énergie, si j'ose faire allusion au débat qui vient d'avoir lieu: je préfère m'en tenir à l'objet de l'interpellation à propos de laquelle le représentant du Conseil fédéral répond de la manière suivante: les événements auxquels M. Schwarzenbach se réfère remontent, on vient de le rappeler, à six mois à peine, mais ils paraissent pourtant déjà lointains en raison des changements très importants qui sont survenus depuis lors. Il faut donc essayer, pour répondre raisonnablement à l'interpellateur, de se replacer au moment où ces événements se sont produits.

Première remarque: la neutralité permanente de la Suisse lui interdit de prendre parti dans un conflit armé de caractère international; la politique de neutralité, c'est-à-dire l'ensemble des règles de conduite de politique étrangère que la Suisse se fixe librement à elle-même pour assurer et protéger sa neutralité en lui donnant le maximum de crédibilité, cette politique lui impose de surcroît un devoir d'impartialité et de réserve dans les attitudes prises à l'égard d'événements survenus hors de ses frontières.

Deuxième remarque: cette règle de conduite, toujours, a cependant été appliquée de manière différenciée; en particulier, le Conseil fédéral a estimé que le devoir de réserve ne pouvait s'opposer à des interventions humanitaires et qu'il ne pouvait pas non plus l'empêcher de prendre publiquement position lorsqu'il s'agissait de faits touchant des nations ou des populations auxquelles nous unissions des liens étroits, surtout lorsque ces faits suscitaient une émotion légitime en Suisse et dans les Etats qui respectent les mêmes valeurs morales et qui ont comme nous des institutions démocratiques. A de nombreuses reprises, vous le savez bien, le Conseil fédéral n'a pas hésité à exprimer très clairement les sentiments que lui inspiraient les atteintes portées aux droits des peuples ou des individus. Dans tous ces cas, il a également réagi en même temps et de la même manière que les pays européens avec lesquels nous partageons la même conception du droit et de la dignité humaine.

C'est par des considérations semblables que le Conseil fédéral s'est laissé guider lorsqu'il a décidé, à la suite de l'exécution de cinq autonomistes basques, de rappeler pour consultation son ambassadeur en Espagne. Les démarches antérieures qu'il avait entreprises avaient été fondées, bien sûr, sur des considérations humanitaires. A ce titre, il était intervenu auprès du gouvernement de Madrid pour lui demander aussi fermement que discrètement de faire acte de clémence. Vous savez que les procès s'étaient déroulés dans des conditions particulièrement iniques et selon une procédure plus que sommaire. La Suisse, naturellement, n'avait pas été le seul Etat d'Europe à demander une mesure d'apaisement. De nombreux Etats européens, dont le Saint-Siège, avaient également prié les autorités espagnoles de ne pas procéder aux exécutions. Ce fut en vain, comme on le sait. Dès lors, la Suisse ne pouvait pas réagir d'une manière différente des Etats européens avec lesquels elle forme une communauté de destin, d'idéal et dont elle se proclame si souvent solidaire. Elle ne pouvait faire fi de sa propre tradition humanitaire, de sa conception de la primauté du droit et du respect des droits de l'homme. En maintenant seule son ambassadeur à Madrid, alors que ses partenaires européens retiraient les leurs, la Suisse aurait en quelque sorte porté atteinte à la foi qu'on pouvait accorder aux

démarche position dans le cela que une des tique ac ment. J' des rela pris, elle une ingé dité. Je vould péens d portants qu'ils s mort, au ont été cette pu vez bien pâti, vo ques si près de Il faut e tique. r rope et cours à nation terroris La réal dictée libérali aujourc difficile europé immen civilisa tiers-m Je le de l'a institut gnol d politiq import sa pai qui no

Präsid rung t oder r

Schw die A den l Schrii Antw liche Schw liche misst bensl sönlic ken, eben

Präsid digt.

démarches qu'elle avait entreprises et aussi affaibli sa position dans d'autres cas analogues qui peuvent survenir dans le futur, dans quelque pays que ce fût. J'ajoute à cela que le rappel de l'ambassadeur pour consultation est une des formes les plus bénignes que la pratique diplomatique accorde à un Etat pour manifester son mécontentement. J'ajoute encore que, dans l'état présent du droit et des relations internationales, Acte final d'Helsinki y compris, elle ne peut être considérée en l'occurrence comme une ingérence dans les affaires intérieures de l'Etat accrédité.

Je voudrais ajouter enfin que la solidarité des Etats européens démocratiques a porté des fruits et des fruits importants. Plusieurs procès imminents, dont on attendait qu'ils se terminent également par des condamnations à mort, au terme d'une même procédure plus que sommaire, ont été purement et simplement ajournés. Depuis lors, cette procédure a été abandonnée. D'autre part, vous savez bien que nos relations avec l'Espagne n'ont nullement pâti, vous savez bien que ce pays nous a chargés quelques semaines plus tard de représenter ses intérêts auprès de la République démocratique allemande.

Il faut considérer je crois, enfin et surtout, sur le plan politique, que tout le processus de rapprochement de l'Europe et de l'Espagne risquait d'être compromis par le recours à une justice sommaire, quelle que soit la condamnation que l'on doit porter par ailleurs sur les actes de terrorisme que cette procédure était censée réprimer.

La réaction des Etats européens a été en vérité largement dictée par cette crainte et par le souci de voir, avec la libéralisation que nous souhaitons et dont nous voyons aujourd'hui les premiers signes, mais aussi les premières difficultés graves, l'Espagne prendre dans les institutions européennes la place qui lui revient par la contribution immense qu'elle a apportée au cours des siècles à notre civilisation et aussi comme trait d'union avec les pays du tiers-monde.

Je le répète, c'est le passé que nous venons d'évoquer; de l'avenir, on a le droit d'espérer un progrès vers des institutions plus libérales qui permettront au peuple espagnol de participer activement à la formation de la volonté politique. Dans ces développements, l'Europe a un rôle important à jouer et notre pays doit y prendre activement sa part, comme le veulent les liens traditionnels d'amitié qui nous unissent au peuple espagnol.

Präsident: Der Interpellant hat die Möglichkeit, eine Erklärung abzugeben, ob er von der Beantwortung befriedigt ist oder nicht.

Schwarzenbach: Ich danke Herrn Bundesrat Graber für die Antwort. Er hat seine Motive dargelegt: Solidarität mit den übrigen europäischen Nationen, die ihn zu diesem Schritt bewogen haben. Nicht befriedigt bin ich von der Antwort, weil er mit keiner Silbe auf die doch sehr wesentliche Frage eingegangen ist, wie das Verhalten der Schweiz gegenüber jenen Nationen ist, die ähnliche hässliche Prozeduren pflegen. Ich habe hier eine Antwort vermisst. Und vielleicht hat Herr Bundesrat Graber die Lebenswürdigkeit, meine Vorstösse in Zukunft nicht nur persönlich zu werten, sondern vielleicht auch daran zu denken, dass man einen Teil der Wählerschaft vertritt, der ebenso denkt wie ich.

Präsident: Herr Schwarzenbach dankt und ist nicht befriedigt.

75.448

Postulat Weber-Arbon. Stimmbeteiligung. Bericht Participation électorale. Rapport

Wortlaut des Postulates vom 10. Dezember 1975

Die Stimm- und Wahlbeteiligung bei eidgenössischen Urnengängen hat sich in den letzten Jahren merklich verschlechtert, ein Umstand, der für das Funktionieren der Institutionen unserer direkten Demokratie von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten einen umfassenden Bericht zu diesem Problemkreis zu erstatten und insbesondere zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Wie hat sich die Stimm- und Wahlbeteiligung bei eidgenössischen Urnengängen in den letzten Jahrzehnten entwickelt?
- Wo sind die Ursachen der Verschlechterung dieser Beteiligung in den letzten Jahren?
- Welche Massnahmen sind in Erwägung zu ziehen, um die Stimmbeteiligung bei Wahlen und Abstimmungen zu heben?

Texte du postulat du 10 décembre 1975

Ces dernières années, la participation des citoyens et citoyennes aux élections et aux votations populaires fédérales a baissé sensiblement; l'importance de cet état de choses ne doit pas être sous-estimée si l'on tient à ce que les institutions de notre démocratie directe continuent à fonctionner convenablement.


Le Conseil fédéral est invité à soumettre aux Chambres un rapport circonstancié concernant ces problèmes et à répondre notamment aux questions suivantes:

- Comment la participation aux votations et élections fédérales a-t-elle évolué au cours des dernières décennies?
- Quelles sont, à son avis, les causes du fléchissement de cette participation durant ces dernières années?
- Quelles mesures propres à améliorer la participation aux élections et votations conviendrait-il de prendre?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baechtold, Baumgartner, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Bussey, Canonica, Chopard, Diethelm, Eggenberg, Egli-Winterthur, Fraefel, Ganz, Gerwig, Gloor, Grobet, Haller, Hubacher, Lang, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Merz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nanchen, Nauer, Renschler, Rothen, Rubi, Sahlfeld, Schmid-St. Gallen, Stich, Tschäppät, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Welter, Wyler, Zehnder (43)

Weber-Arbon: Das Postulat, das ich am 10. Dezember des letzten Jahres eingereicht habe, beschlägt ein Politikum, das sich mit Bezug auf seine Tragweite und Wichtigkeit umgekehrt proportional verhält zur gegenwärtigen Besetzung unseres Rates. Es geht um das Problem der Stimmbeteiligung bei unseren Wahlen und Abstimmungen, ihre Entwicklung und um mögliche Schlussfolgerungen, die aus einem vom Bundesrat zu erstattenden Bericht gezogen werden sollten.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass seit der Gründung des Schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 bis heute insgesamt rund 250 Volksabstimmungen stattgefunden haben. Die Stimmbeteiligung wurde seit 1879 bei allen Abstimmungen ermittelt. Sie erreichte ein Maximum von 86 Prozent bei der Abstimmung über die Initiative einer einmaligen Vermögensabgabe am 3. Dezember 1922. Sie sehen, wenn es ums Portemonnaie geht, ist in der Schweiz wahrscheinlich immer wieder eine sehr hohe Abstimmungsquote zu erzielen. Auch bei der Stellungnahme zur sogenannten Kriseninitiative vom 2. Juni 1935 lag die

p. B. 31. 10. 16.
p. B. 73 320 a/a


Erklärung zu Polen

Die heutige Sitzung des Bundesrates wurde überschattet von den Ereignissen in Polen. Der Bundesrat verfolgt das Geschehen mit grösster Aufmerksamkeit, Anteilnahme und Sorge. Ein Volk, dem sich alle Schweizer in besonderer Weise zugetan fühlen, erlebt erneut schwerste Stunden. Seit dem frühen Sonntagmorgen steht Polen unter Kriegsrecht. Das Militär unter Führung von Partei und Regierungschef Jaruzelski hat die Macht übernommen. Gewerkschafter wurden ihrer Freiheit beraubt, weil sie ihre Gedanken frei äusserten, was zu den Grundrechten jedes Menschen gehört. An die Stelle des Gesprächs, das trotz allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten friedliche Lösungen erhoffen liess, trat die Macht.

Wer dem Frieden in Freiheit verpflichtet ist wie die Schweizerische Eidgenossenschaft und alles daran setzt, im eigenen Land und in der Völkergemeinschaft diesen sehnlichsten Wunsch aller Menschen verwirklichen zu helfen, kann in dieser Situation nicht schweigen.

Der Bundesrat ersucht die polnische Regierung, die willkürlich Verhafteten freizulassen. Er gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass Polen seine inneren Angelegenheiten ohne Anwendung von Gewalt im eigenen Land und ohne Intervention durch Drittstaaten lösen kann. Der Bundesrat hofft, dass der Ausnahmezustand bald aufgehoben und die Menschenrechte voll verwirklicht werden.

Déclaration du Conseil fédéral suisse au sujet de la Pologne

La séance du Conseil fédéral d'aujourd'hui a été assombrie par les événements de Pologne. Le Conseil fédéral suit ces événements avec la plus grande attention et avec une vive préoccupation. Le peuple polonais, pour lequel tous les Suisses ressentent une sympathie particulière, vit à nouveau des heures extrêmement difficiles. Depuis dimanche à l'aube, la Pologne est régie par la loi martiale. Sous la conduite du parti et du général Jaruzelski, chef de gouvernement, l'armée a pris le pouvoir. Pour avoir exprimé librement leurs convictions, ce qui constitue un droit fondamental de tout être humain, des syndicalistes ont été privés de leur liberté. La force s'est substituée au dialogue, qui seul permettait d'espérer qu'on trouverait, malgré les nombreuses difficultés économiques, des solutions pacifiques.

Quiconque est attaché à la paix dans la liberté, comme l'est la Confédération suisse, et qui est prêt à tout mettre en oeuvre, dans son pays et au sein de la communauté des peuples, pour aider à réaliser ce voeu ardent de l'humanité, ne peut se taire face à la situation actuelle.

Le Conseil fédéral exhorte le gouvernement polonais à libérer les personnes qui ont été arbitrairement arrêtées. Il est convaincu que la Pologne peut résoudre ses affaires intérieures sans recours à la force et sans intervention de pays tiers. Le Conseil fédéral souhaite la levée rapide de l'état d'exception et le complet rétablissement des libertés fondamentales.

DICHIARAZIONE SULLA POLONIA

L'odierna seduta del Consiglio federale è stata ottenebrata dagli avvenimenti polacchi. Il Consiglio federale segue gli eventi con grande attenzione, partecipazione e preoccupazione. Un popolo, al quale gli Svizzeri si sentono particolarmente vicini, sta di nuovo vivendo ore gravi. Dall'alba di domenica la Polonia è sotto diritto di guerra. I militari, con la guida del Partito e del Capo del Governo Jaruzelski, hanno preso il potere. Dei sindacalisti sono stati privati della libertà per aver espresso liberamente il proprio pensiero, diritto fondamentale dell'uomo. Al colloquio, che, pur nelle difficoltà economiche, faceva sperare soluzioni pacifiche, è subentrata la forza.

Chi assume a norma suprema la pace nella libertà, come la Confederazione svizzera, e mette tutto in opera, sul piano interno ed internazionale, per attuare tale profondissimo universale desiderio, non può tacere nella situazione odierna.

Il Consiglio federale sollecita il Governo polacco a liberare le persone arbitrariamente arrestate; esso esprime il convincimento che la Polonia saprà risolvere i suoi problemi interni senza ricorrere alla forza nè all'intervento esterno. Il Consiglio federale spera che lo stato d'eccezione sarà ben presto levato e che i diritti dell'uomo saranno pienamente realizzati.



dann Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens bei allen interessierten Stellen sein.

Im Rahmen dieses Verfahrens wird sicher der auch schon in Debatten des Nationalrates aufgetauchte Vorschlag zur Uebernahme der medizinischen Fakultäten durch den Bund erwogen werden. Bevor die Resultate der vorgesehenen und zum Teil schon im Gange befindlichen Abklärungen vorliegen, kann sich jedoch der Bundesrat nicht auf eine bestimmte Lösung festlegen.

Petite question Copt

du 17 mars 1972 (No 114)

Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei Violation des droits de l'homme en Tchécoslovaquie

Les récentes arrestations et condamnations en Tchécoslovaquie d'écrivains, journalistes, professeurs et étudiants ayant tous joué un rôle dans le «Printemps de Prague» a vivement ému l'opinion publique.

Il semble bien qu'en les accusant de soi-disants délits de droit commun, le gouvernement veuille punir — sans respecter les droits élémentaires de la défense — ceux qui ont eu l'audace et le courage de croire à un communisme à visage humain. Le Conseil fédéral est-il exactement renseigné à ce sujet?

A l'époque de l'invasion de la Tchécoslovaquie par les forces du Pacte de Varsovie, le Conseil fédéral a élevé, au nom du peuple suisse, une solennelle protestation contre la violation des droits des petits Etats. Ne devrait-il pas aujourd'hui également protester contre la violation par un de ces petits Etats des droits fondamentaux de l'homme?

Réponse du Conseil fédéral du 17 mai 1972

Le Conseil fédéral est tenu au courant de ce qui se passe en Tchécoslovaquie par l'Ambassade de Suisse à Prague. A plusieurs reprises déjà, le Conseil fédéral a eu l'occasion de dire qu'il condamne toutes les atteintes aux droits fondamentaux de la personne humaine en quelque pays qu'elles soient commises. Il n'en demeure pas moins que le Conseil fédéral ne peut se prononcer sur des actes de pure politique intérieure d'un pays tiers sans enfreindre le principe de la non-ingérence dans les affaires d'un autre Etat, qui est un des principes fondamentaux du droit international.

Petite question Duvanel

du 17 mars 1972 (No 116)

Radioamateur. Antennen Radio-amateurs. Antennes

Les radio-amateurs consacrent leurs loisirs à l'étude de la technique radio et établissent des contacts nationaux et internationaux. Si lors des débuts de la radio, ils ont largement contribué à son développement, ils rendent actuellement d'importants services dans de nombreux cas.

Notre armée se réjouit de pouvoir recruter d'excellents radiotélégraphistes préparés par l'USKA (Union suisse des amateurs sur ondes courtes).

D'autres radio-amateurs sont employés par la Croix-Rouge internationale pour assurer les liaisons avec ses missions à l'étranger.

A Genève, les radio-amateurs collaborent avec la protection civile.

Lors du sabotage d'un central de quartier de la Ville de Zurich, le groupe de radio-amateurs local a mis à la disposition de services publics importants, tels que ceux des hôpitaux et des médecins, son réseau UHF (ondes «ultra-courtes»).

Dans son numéro d'octobre 1971, le Journal des Télécommunications, organe officiel de l'UIT, introduit une nouvelle rubrique intitulée «Radio-amateurs». Le comité de rédaction y fait sien le document no 315 présenté par le Royaume-Uni à la dernière conférence administrative mondiale des télécommunications spatiales, dans lequel on peut lire: «Ces services bénévoles fournis par des milliers de particuliers dans le monde entier profitent à l'humanité et contribuent au progrès des connaissances scientifiques dans une mesure qui ne saurait se comparer aux contributions d'un seul pays quel qu'il soit.»

Pour l'exploitation normale d'une station, la Direction générale des PTT recommande l'installation d'une antenne extérieure et bien dégagée: cette dernière est d'ailleurs indispensable; en aucun cas, les radio-amateurs ne peuvent se raccorder sur une antenne collective qui ne convient pas et serait endommagée en période de transmission.

Les radio-amateurs locataires éprouvent des difficultés croissantes pour obtenir des propriétaires l'autorisation d'installer une antenne extérieure.

En France, les radio-amateurs sont reconnus d'utilité publique et un droit à l'antenne leur est accordé depuis 1966. C'est-à-dire qu'un propriétaire ne peut s'opposer sans motif sérieux et légitime à l'installation d'une antenne par un radio-amateur titulaire d'une concession d'émission. Le nombre des radio-amateurs s'élève à 1000 environ en Suisse.

Question: Le Conseil fédéral pense-t-il qu'un droit à l'antenne pourrait être accordé aux radio-amateurs suisses?

Réponse du Conseil fédéral du 17 mai 1972

L'établissement et l'exploitation d'installations radioélectriques émettrices et réceptrices ressortissent à la régie des télécommunications de la Confédération. A cet effet, l'Entreprise des PTT accorde, lorsque les conditions nécessaires sont satisfaites, des concessions autorisant leur titulaire à établir et exploiter une installation émettrice et réceptrice, y compris l'antenne, selon les prescriptions techniques en vigueur. Par contre, la concession ne confère aucun droit d'utiliser la propriété mobilière ou immobilière de tiers. Cela étant, le titulaire de la concession doit acquérir lui-même et à ses propres frais les autorisations nécessaires à l'utilisation de la propriété d'autrui et s'entendre directement avec les ayants droit sur le paiement d'indemnités. Si le bail à loyer ne règle pas l'établissement d'une antenne, on peut présumer, en se fondant sur les dispositions du code des obligations, que le preneur a le droit d'installer une antenne intérieure ou de balcon sans l'assentiment exprès du bailleur. En revanche, il est indispensable de requérir le consentement du bailleur pour établir une

Diese Aufgabe ist beim Eidgenössischen Amt für Verkehr nun an die Hand genommen worden. Die Informationspolitik stellt dabei zweifellos ein Element der Sicherheitskonzeption dar, welche wiederum selber als zentrale Grundlage für die verstärkte Aufklärungstätigkeit des Eidgenössischen Amtes für Verkehr im angestrebten Sinne betrachtet werden muss.

Kleine Anfrage Renschler

vom 14. Dezember 1972 (Nr. 275)

Exportrisikogarantie

Garantie contre les risques à l'exportation

Die Exportrisikogarantie deckt gewisse Risiken der Schweizer Exporteure ab. Ich frage den Bundesrat, ob es zutrifft, dass schweizerische Kriegsmateriallieferungen nach Chile nachträglich noch der Exportrisikogarantie unterstellt worden sind? Ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass Kriegsmaterialausfuhren von der Unterstellung unter die Exportrisikogarantie ausgenommen werden sollten und dass die nachträgliche Unterstellung — unabhängig von der Art der Exporte — generell unzulässig ist?

Antwort des Bundesrates vom 31. Januar 1973

Obwohl das Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie vom 26. September 1958 die Unterstellung von Kriegsmaterial unter die Exportrisikogarantie nicht ausschliesst, wird diese Garantie nach konstanter Praxis für solches Material grundsätzlich nicht gewährt. Demgemäss lehnte der Bundesrat 1966 und 1967 die Gesuche zweier schweizerischer Firmen bezüglich der Lieferung von Sturmgewehren und gepanzerten Fahrzeugen nach Chile ab, sicherte indessen ausnahmsweise den Einschluss der sich daraus ergebenden Forderungen in eine allfällige Konsolidierung chilenischer Aussenschulden zu.

In der Folge wurde am 28. Juli 1972 ein schweizerisch-chilenisches Konsolidierungsabkommen für 1972 fallige Verpflichtungen abgeschlossen. Die entsprechenden Forderungen der beiden Firmen im Betrage von rund 10 Millionen Franken sind einbezogen worden.

Petite question Ziegler

du 18 décembre 1972 (No 279)

Politische Gefangene in Griechenland Prisonniers politiques en Grèce

Depuis l'installation de la dictature militaire en Grèce, des milliers de citoyens et citoyennes grecs ont été jetés en prison. Des dizaines de milliers de familles pauvres se désagrègent et souffrent à la suite de la disparition du père, du frère ou de la mère. La torture systématique des prisonniers politiques a été constatée et condamnée par le Conseil de l'Europe. La Suisse a appuyé cette condamnation.

Or le Comité suisse pour le rétablissement de la démocratie en Grèce publie dans un livre blanc les dossiers de 363 hommes et femmes opposés à la dicta-

ture qui — pour la plupart atteints de maladies ou d'infirmités graves — meurent lentement dans les prisons grecques. dodis.ch/50774

Quelles sont les interventions prévues par le Conseil fédéral (auprès du gouvernement grec ou/et au sein du Conseil de l'Europe) pour témoigner sa fidélité à sa politique choisie en 1969 et tenter de sauver les démocrates menacés de mort?

Réponse du Conseil fédéral du 31 janvier 1973

Le Conseil fédéral n'a pas l'intention d'intervenir auprès du gouvernement grec de la manière envisagée par M. Ziegler. Cependant, il continuera à faire valoir, aussi souvent qu'il le jugera possible, les considérations humanitaires qui devraient l'emporter. D'autre part, une intervention au Conseil de l'Europe est exclue puisque la Grèce s'est retirée de cette organisation en 1969.

Kleine Anfrage Augsburgener

vom 4. Oktober 1972 (Nr. 218)

Verkehrsverbindung Bern—Kloten Liaison Berne—Kloten

Die PTT führt im Auftrag und auf Rechnung der SBB Automobilkurse zwischen Bern und Kloten, die mithilfe der Region Bern in befriedigender Weise ans internationale Luftliniennetz anzuschliessen.

Der Wert dieser Einrichtung wird dadurch herabgemindert, dass ein Billett nicht gültig ist für die wahlweise Benützung des Autocars oder der Bahn. Währenddem ein Busbillett in ein Bahnbillett umgetauscht werden kann, ist das Umgekehrte nicht der Fall.

Dies muss sich negativ auswirken, weil es aus zeitlichen bzw. fahrplantechnischen Gründen immer wieder vorkommt, dass für Hin- und Rückreise nicht das gleiche Transportmittel benützt werden kann.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass für die Fluggäste eine befriedigende Regelung gefunden werden kann?

Antwort des Bundesrates vom 7. Februar 1973

Die auf Rechnung der SBB zwischen Bern und Kloten verkehrenden Postautokurse ersetzen den eingestellten Luftzubringerdienst der Swissair. Sie sind somit kein Bahnersatz, sondern ein Spezialdienst für Flugreisende. General- und Halbtaxabonnemente werden in diesen Kursen nicht anerkannt; sie geben somit kein Anrecht auf eine Fahrpreismässigung.

Der Fluggast hat weiterhin die Möglichkeit, die im Bus gültigen Flugscheine, lautend auf die Strecke Bern—Zürich oder umgekehrt, gegen ein Bahnbillett umzutauschen. Von den rund 65 000 Reisenden des Busbetriebes im ersten Betriebsjahr haben von dieser Umtauschmöglichkeit nur rund 40, d. h. weniger als ein Promille, Gebrauch gemacht.

Es kommt selten vor, dass ein Reisender seinen Bahnfahrausweis gegen ein Busbillett umzutauschen wünscht. Eine solche Umtauschmöglichkeit einzuführen drängt sich deshalb nicht auf. Es wäre damit übrigens ein grosser administrativer Aufwand verbunden.

Sollten sich in Zukunft die Verhältnisse ändern, sind die SBB bereit, die Angelegenheit neu zu überprüfen.

Kleine Anträge
d'offrir publiquement et sans tarder l'asile suisse aux persécutés de toute nationalité dont la vie est en danger au Chili?

Subsidiairement, n'est-il pas d'avis:

a. Qu'il convient, dès maintenant, d'ouvrir notre ambassade à Santiago — suivant en cela l'exemple humanitaire du Mexique — aux persécutés de toute nationalité?

b. Qu'il convient de participer financièrement, techniquement et par tous les autres moyens à notre disposition aux efforts de sauvetage des persécutés entrepris actuellement par le Conseil mondial des Eglises, le CICR et le haut-commissaire des Nations Unies pour les réfugiés?

Réponse du Conseil fédéral du 24 septembre 1973

1. Le Conseil fédéral rappelle qu'il est toujours disposé à accorder asile, dans le cadre de la législation en vigueur, à toute personne qui se réfugierait en Suisse pour des motifs relevant de la situation politique existant dans sa patrie ou son pays de domicile. Il réaffirme expressément cette disposition en l'occurrence.

Bien que le droit d'asile diplomatique en vigueur dans plusieurs Etats latino-américains ne soit pas reconnu par la pratique suisse, nos ambassades ont par ailleurs des instructions permanentes selon lesquelles elles ont la possibilité d'héberger des personnes en danger. Cette disposition s'applique en priorité à nos compatriotes menacés, lesquels bénéficient en outre de la protection et de l'assistance consulaires habituelles.

2. Le Conseil fédéral apportera, dans la mesure de ses moyens, toute l'aide désirée au CICR et au Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés.

Dringliche Kleine Anfrage Müller-Luzern

vom 18. September 1973 (Nr. 449)

Aufruf für die Menschenrechte Appel en faveur des droits de l'homme

Zurzeit wird in der UdSSR unmenschlicher Terror gegen kritische Oppositionelle, wie Sacharow und Solschenizyn, ausgeübt.

Gleichzeitig finden in Chile schwere Gewaltakte statt, bei denen Menschen getötet werden.

Ist der Bundesrat bereit, in beiden Fällen einen Aufruf zur Wahrung der Menschenrechte zu erlassen? Sieht er eine Möglichkeit, Hilfe zu leisten?

Antwort des Bundesrates vom 24. September 1973

Der Bundesrat wendet sich gegen jede Missachtung der Menschenrechte, ob es sich dabei um eine Beeinträchtigung der Freiheit des Geistes oder um eine unrechtmässige Bedrohung von Menschenleben handle.

Er ist entschlossen, an der traditionellen Bereitschaft unseres Landes festzuhalten, Verfolgten und Bedrohten aus aller Welt Zuflucht zu gewähren.

Zudem beteiligt er sich an allen auf internationaler Ebene unternommenen Bemühungen, welche darauf abzielen, die Respektierung der Menschenrechte, vor allem das Recht der freien Meinungsäusserung, zu gewährleisten.

Petite question Dafflon

du 18 septembre 1973 (No 450)

Ereignisse in Chile — Evénements au Chili

Le Chili, pays aux traditions démocratiques, vient de connaître une tragédie. Son gouvernement, régulièrement et démocratiquement élu au suffrage universel, a été renversé par l'armée, qui a dirigé ses armes contre ce gouvernement qu'elle devait servir loyalement, et par une classe dirigeante qui n'a pas hésité à violer cyniquement sa propre légalité.

Le président du Chili, Salvador Allende, a trouvé la mort, des ministres sont emprisonnés, d'autres sont pourchassés, comme le sont des dizaines de milliers d'habitants dont le seul tort est d'avoir soutenu le gouvernement légal.

A l'ouverture de la présente session, nous n'avons pas entendu le président du Conseil condamner cette forfaiture. Faut-il penser que l'assassinat de la démocratie dans un pays avec le gouvernement duquel nous entretenons des relations diplomatiques ne mérite pas un mot de regret et de sympathie à ceux qui en sont les victimes?

Le Conseil fédéral peut-il, d'autre part, préciser quelle sera dorénavant la nature des relations de notre pays avec le gouvernement usurpateur du Chili?

Réponse du Conseil fédéral du 24 septembre 1973

Comme la Suisse ne reconnaît pas des gouvernements, mais seulement des Etats, ses relations sont automatiquement maintenues dans le cas d'un changement de gouvernement.

Petite question Villard

du 25 juin 1973 (No 428)

Personalfürsorge — Prévoyance en faveur du personnel

Selon l'article 331c révisé du code des obligations, il est interdit à l'employeur, lorsque le contrat de travail prend fin, de verser en espèces au travailleur la contre-valeur de la créance que celui-ci peut faire valoir à l'encontre de la caisse de pension. Afin d'éviter cette obligation de garantir la prestation de prévoyance, diverses entreprises font signer à leur personnel une déclaration selon laquelle il refuse, lorsqu'il quitte la maison, le bénéfice du libre passage et exige le versement en espèces du montant qui lui est dû.

De telles déclarations de renonciation, signées sous la pression de l'employeur, sont contraires aux intérêts des travailleurs, puisqu'il en résulte une réduction de la prévoyance-vieillesse, et elles ébranlent les bases financières du deuxième pilier.

Le Conseil fédéral est par conséquent invité à répondre aux questions suivantes:

— Que pense-t-il de ces pratiques illégales?

— N'estime-t-il pas qu'il y a lieu de condamner un tel procédé, notamment à l'égard des travailleurs étrangers qui ne connaissent pas la situation juridique et se laissent intimider par des menaces?



Die Fragen beziehen sich auf drei Problemkreise: den kürzlichen Waffendiebstahl aus einer Truppenunterkunft und im Zusammenhang damit die Handhabung des Wachdienstes; die Sicherheitsvorkehrungen gegen Einbrüche in Munitionsdepots und Armeemagazine; das Konkordat über den Handel mit Waffen und Munition. Diese Fragen sind wegen ihres mindestens teilweisen Zusammenhanges gemeinsam zu beantworten.

1. Das Dienstreglement schreibt vor, dass der Wachdienst den Umständen der jeweiligen Lage anzupassen und auf das Notwendigste zu beschränken ist. Diese Beschränkung erfolgt im Interesse der Ausbildung. Angesichts der oft geringen WK- und EK-Bestände kann angeordnet werden, dass Unterkünfte, Magazine usw. nicht bewacht werden, wenn sie abschliessbar sind. Dies war der Fall für das Kantonement in Küsnacht ZH, aus dem nach gewaltsamem Einbruch Feuerwaffen entwendet worden sind. Gestützt auf einen entsprechenden Befehl des Kommandanten des Luftschutzregiments 41 hatte der zuständige Kompaniekommandant deshalb auf eine Bewachung verzichtet. Ein Verstoß gegen Wachbefehle oder bestehende Weisungen liegt somit nicht vor. Der Vorfall zeigt jedoch, dass eine solche Regelung der heutigen Lage nicht mehr gerecht wird. Angesichts der verbrecherischen Anschläge auf die Armee und ihre Einrichtungen werden zweckdienliche Massnahmen u. a. auf dem Gebiet des Wachdienstes getroffen.

2. Zur besseren Sicherung von Munitionsmagazinen der Armee sind verschiedene Massnahmen kurz-, mittel- und langfristiger Art getroffen worden. Sie umfassen u. a. eine Verstärkung der Ueberwachung, den Einbau von Alarmanlagen, organisatorische und bauliche Vorkehrungen. Umfangreiche Umlagerungen in sichere Gebäude haben stattgefunden. Mit Bundesbeschluss vom 5. Oktober 1971 ist ein erster Kredit von 1,5 Millionen Franken für Sicherheitsvorkehrungen bewilligt worden. In der eben zu Ende gegangenen Session stimmten die eidgenössischen Räte einem weiteren Kredit von 2,5 Millionen Franken zu. Die in Aussicht genommenen Verbesserungen sind aufwendig. Ihre Durchführung beansprucht Zeit. Eine besondere Arbeitsgruppe ist mit der Leitung des ganzen Programms und der Ausarbeitung weiterer Sicherheitsmassnahmen betraut.

3. Ueber den Handel mit Waffen und Munition haben die Kantone 1944 und 1969 Konkordate abgeschlossen. Es trifft zu, dass normale Blankwaffen, wie Stilette, davon nicht erfasst werden. Hierüber, wie auch über das Tragen, das Mitführen und den Besitz von Waffen aller Art Vorschriften aufzustellen, ist dem kantonalen Recht vorbehalten. Da die Ausübung der Sicherheitspolizei vorab eine kantonale Aufgabe ist, sind die Bundesbehörden nicht in der Lage, zu entscheiden, ob die bestehende Regelung noch genügt oder allenfalls ergänzt werden muss. Wir sind jedoch bereit, diese Frage mit den Kantonen zu prüfen und sie zunächst der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren zu unterbreiten.

Dringliche Kleine Anfrage Alder

vom 19. September 1974 (Nr. 710)

Lage auf Zypern – Situation à Chypre

Der Präsident des zyprischen Parlaments hat in einem an die schweizerische Bundesversammlung gerichteten Fernschreiben auf die katastrophale Lage seines Landes nach der türkischen Invasion aufmerksam gemacht. Er weist anhand zahlreicher Beispiele, die uns zum Teil auch aus Presseberichterstattungen bekannt sind, darauf hin, dass die Türkei die von ihr anerkannte Menschenrechtskonvention des Europarates sowie die UNO-Charta in schwerwiegender Weise verletzt und bittet die Schweiz,

ihren Einfluss bei den türkischen Behörden geltend zu machen, um die bedauernswerte Situation in Zypern zum Bessern zu wenden.

Ich frage den Bundesrat an: Ist der Bundesrat bereit, dem Aufruf des zyprischen Parlamentspräsidenten Rechnung zu tragen und bei der türkischen Regierung sowie vor allem im Ministerkomitee des Europarates auf eine Beendigung der türkischen Invasion in Zypern hinzuwirken? Was hat der Bundesrat in diesem Sinne bisher unternommen?

Antwort des Bundesrates vom 9. Oktober 1974

Die Botschaft des Präsidenten des zyprischen Abgeordnetenhauses, auf die sich Herr Nationalrat C. Alder in seiner Dringlichen Kleinen Anfrage stützt, ist an die Bundesversammlung gerichtet. Was den Bundesrat betrifft, so muss er sich gemäss seiner konstanten Praxis gegenüber dem gegenwärtigen Konflikt eine gewisse Zurückhaltung auferlegen.

Die Republik Zypern hat ihrerseits vor kurzem bei der Europäischen Menschenrechtskommission des Europarates gegen die Türkei eine Klage eingereicht; die Kommission wird zu prüfen haben, ob Vorschriften des Europäischen Übereinkommens zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt worden sind. Der Apparat des Europarates ist somit eingeschaltet worden.

Die Lage auf Zypern ist auch an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur Sprache gekommen. In diesem Rahmen konnte die schweizerische Delegation daran erinnern, welchen Wert unser Land der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und den Regeln des Völkerrechts beimisst. Indem der Bundesrat darauf verzichtet, gegenüber den Ereignissen, auf die sich Nationalrat Alder bezieht, Partei zu ergreifen und öffentlich Stellung zu nehmen, wahrt er seine gewohnte Disponibilität.

Diese traditionelle Haltung hindert den Bundesrat nicht daran, die menschlichen Leiden, die der Zypernkonflikt bewirkt, zutiefst zu bedauern. Er hat im übrigen alles unternommen, was in seiner Macht lag, um die humanitäre Hilfsaktion für die Obdachlosen und Flüchtlinge zu unterstützen, welche an Ort und Stelle insbesondere vom IKRK und dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen durchgeführt wird. Die Schweiz wird sich auch an der gemeinsamen humanitären Hilfe beteiligen, die der Europarat zugunsten der zyprischen Opfer des Konflikts in die Wege zu leiten gedenkt.

Petite question urgente Ziegler-Genève

du 26 septembre 1974 (N° 720)

Mietzinserhöhungen – Hausses de loyers

Le Conseil fédéral qui déclare vouloir lutter contre l'inflation ne fait preuve d'aucune diligence dans un secteur particulièrement chaud: celui de la protection des locataires.

C'est ainsi que la revision de l'ordonnance du 10 juillet 1974 concernant les mesures contre les abus dans le secteur locatif, commencée il y a plus d'une année (réponse à question Ziegler du 31 janvier 1974) n'est toujours pas achevée.

La future disposition limitant à 3,5 pour cent au plus la hausse des loyers consécutive à une augmentation de 0,25 pour cent du taux hypothécaire (art. 9, al. 1, du projet de revision) n'a toujours pas force de loi.

Les cafés-restaurants et hôtels, où le loyer est un élément essentiel d'une hausse des prix, ne sont toujours pas inclus dans le champ d'application des mesures de protection. Enfin les chambres meublées restent toujours exclues de la protection.



ions qui, sauf 1 million, est de nouveau intégralement destinée à faire face au renchérissement. Le calcul n'est pas compliqué. Il est contrôlable.

En vérité, si on suit l'affaire du début jusqu'à la fin, on constate donc que, par rapport à l'avant-projet de 1971, l'abstraction faite du coût du renchérissement proprement dit, l'augmentation n'est que de 5 millions de francs.

Le système peut être effectivement critiqué. En fait, lorsque les institutions internationales de Genève ont l'intention de construire des bâtiments importants, elles doivent d'abord naturellement obtenir l'accord de principe des Etats membres. Or, pour pouvoir solliciter cet accord, elles font élaborer un avant-projet, qui ne va pas beaucoup plus loin que l'esquisse. Un véritable projet poussé jusqu'au bout, avec encore, le cas échéant, les soumissions telles qu'elles sont adressées aux entreprises du bâtiment, coûteraient déjà une fortune et, si c'est pour se voir ensuite opposer un refus de principe des Etats membres, elles auraient fait une politique assez sottise. On voit donc que c'est le système qui oblige à partir avec des données dont il faut savoir qu'elles ne peuvent pas être exactes puisqu'elles ne vont pas au-delà de l'avant-projet dont a parlé M. Fontanet tout à l'heure.

Aujourd'hui donc, et conformément à la décision prise par les deux Chambres en 1974/1975, il faut régler le renchérissement survenu dès 1972 et qui s'élève à 7,75 millions. Ce montant n'est plus en discussion. Le gros-œuvre est terminé. M. Soldini le sait certainement parce que ce bâtiment ne s'échappe pas à la vue des Genevois. C'est d'ailleurs le plus beau de ce secteur. Tous les travaux d'aménagement intérieur ont déjà été adjugés. Seuls restent en discussion la cuisine et la cafétéria. Je crois que ceux qui savent le nombre des fonctionnaires internationaux qui travaillent dans ces quartiers et l'absence presque totale à proximité de toute occasion de se restaurer comprendront que ce n'est pas une idée farfelue ni une fantaisie. Il s'agit vraiment d'une réalisation qui répond à un besoin et qui, naturellement, sera rentable, car l'OMPI ne poussera pas la philanthropie jusqu'à offrir gratuitement les repas qui seront élaborés dans ses cuisines.

Je regrette un peu que des prêts de la Confédération de cette nature donnent lieu à des discussions tout de même un peu mesquines. Une fois encore, il s'agit de prêts qu'on fait à des institutions solvables, c'est-à-dire à des Etats qui le sont. Ils paient un intérêt privilégié, j'en conviens, mais ils le paient et ils amortissent aussi régulièrement les prêts que les institutions en cause ont reçus. Ce ne sont pas des cadeaux de la Confédération. C'est pourquoi il n'est pas tout à fait objectif de faire allusion à la situation des finances fédérales et aux économies qu'il faudrait faire, comme si ces économies étaient en notre faveur, ce qui n'est pas le cas le moins du monde. En vérité, l'OMPI n'a pas eu de chance. En effet, au moment où l'on était prêt à faire démarrer le projet, c'est le gouvernement fédéral qui, à l'instigation des Chambres - ce que nous avons d'ailleurs bien compris - a demandé que la construction soit retardée parce que l'on se trouvait en pleine période de surchauffe et que les prix montaient allégrement. L'OMPI s'est inclinée de bonne grâce et a retardé ses travaux, ce qui les a passablement renchéri.

En conséquence, nous sommes, pour notre part, directement responsables du renchérissement pour quelques-uns des millions qu'il faut compenser actuellement. Or, aujourd'hui, on dit à l'OMPI: «Avant c'était trop tôt, maintenant c'est trop tard; nous sommes malheureusement en pleine récession, aussi convient-il de faire des économies». On lui conteste une nouvelle fois, mais pour des raisons inverses, les moyens dont elle a besoin, ce qui m'incite à dire qu'elle n'a pas de chance. Cependant, en vérité, le problème n'en est plus un. La décision à prendre aujourd'hui est en fait la conséquence directe, logique, inévitable de celles prises antérieurement par les Chambres fédérales.

Abstimmung - Vote

Für den Rückweisungsantrag Soldini
Für den Eintretensantrag der Kommission

Titel und Ingress

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 1 und 2

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 1 et 2

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Bundesbeschlusses 81 Stimmen
Dagegen 3 Stimmen

An den Ständerat - Au Conseil des Etats

77.301

Interpellation Oehler. Schweizerische Haltung gegenüber Dissidenten in den Oststaaten
Attitude de la Suisse envers les dissidents des pays de l'Est

Wortlaut der Interpellation vom 17. März 1977

Die freie Welt sympathisiert mit den Dissidenten, also den aus den Oststaaten freiwillig oder unfreiwillig ausgereisten Bürgerrechtskämpfern. Der Bundesrat wird eingeladen, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Welche Haltung nimmt er gegenüber diesen bedrängten Dissidenten ein?
2. Was gedenkt er zu tun, um diesen in ihren Freiheitsrechten eingeschränkten Bürgerrechtskämpfern seine moralische Unterstützung angedeihen zu lassen?
3. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass sich eine klare und unmissverständliche Stellungnahme seinerseits gegenüber diesem Problem und den die grundlegenden Rechte des Menschen verletzenden Ostblockstaaten aufdrängt?

Texte de l'interpellation du 17 mars 1977

Le monde libre sympathise avec les dissidents, c'est-à-dire les défenseurs des droits de l'homme qui, de gré ou de force, ont émigré des pays d'Europe orientale. Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

1. Quelle est son attitude envers ces dissidents harcelés?
2. Que compte-t-il entreprendre pour que ces lutteurs dont les libertés et les droits sont limités puissent bénéficier de son appui moral?
3. Le Conseil fédéral n'estime-t-il pas également qu'il se doit d'adopter une attitude claire et sans équivoque à l'égard de ce problème et des Etats du bloc de l'Est qui violent les droits fondamentaux des individus?

Wir uns heute an dieser Stelle über die Menschenrechte und die Freiheitsrechte unterhalten, dann machen wir dies vor einem eigenartigen Hintergrund. Auf der einen Seite garantiert uns unsere Bundesverfassung die Menschenrechte und die Freiheitsrechte, und falls sie verletzt werden, hat jeder Bürger in unserem Staat die Möglichkeit, sich mit einer staatsrechtlichen Beschwerde beim Bundesgericht darüber zu beschweren und dort Recht zu suchen. Es kommt zweitens dazu, dass in unserem Land die Freiheitsrechte nicht so sehr durch den Staat gegenüber dem Bürger gefährdet werden, sondern vielmehr durch die Bürger selbst. Wir haben uns über die Frage der Drittwirkung der Freiheitsrechte zu unterhalten. In den vergangenen Jahren haben wir allzu leicht und allzu rasch lautstark und mit Demonstrationen Menschenrechtsverletzungen in Afrika und auch in Amerika, vor allem aber in Südafrika und den Vereinigten Staaten, an den Pranger gestellt. Wir haben dabei vergessen, dass beispielsweise die als beinahe vorbildlich qualifizierten Staaten Angola oder Moçambique Menschenrechtsverletzungen begingen, welche die Verhältnisse in Südafrika heute beinahe in den Schatten stellen. Zugegeben: Die Apartheidpolitik Südafrikas ist ein Fremdkörper, der mit aller Deutlichkeit zu verurteilen und aus der Welt zu schaffen ist. Wer von Ihnen aber hat bisher die Tatsachen an den Pranger gestellt, dass beispielsweise Südafrikas Nachbarstaat Moçambique alle Jahre und alle Monate wieder Gastarbeiter nach Südafrika verfrachtet, dort arbeiten lässt und Ende des Monats 40 Prozent ihres Einkommens in barem Gold in seine Kassen oder in die Privatbeutel der herrschenden Schicht abführen lässt? Wer im weiteren hat die Tatsache an den Pranger gestellt, dass in Sambia eine Diktatur herrscht, die die schlimmsten Zeiten der weissen Herrschaft nachgerade in den Schatten stellt? Und wer hat die Blutdiktaturen in anderen afrikanischen Staaten und asiatischen Staaten zu beschreiben verstanden? Fast im Schatten dieser Entwicklung hat die UdSSR – zusammen mit ihren Unrechtssystemen – im Ostblock Millionen von Menschen in Gefängnisse, psychiatrische Kliniken oder Arbeitslager gesteckt, nach Sibirien deportiert oder eben umgebracht und ermordet.

Von den Aufständen in Ungarn, Polen und der CSSR wird nur noch am Rande Kenntnis genommen. Während wir die selbsternannten und auf blutverschmierten Sesseln klebenden Staatsoberhäupter aus dem Ostblock mit grossen Ehren empfangen und Sambias Staatschef mit Gattin, aber auch die Herren aus Moçambique und Angola, dies als Beispiele, mit dem gleichen Pomp empfangen, ja Papst Paul selbst dem Ungarn Kadar eine Privataudienz gewährt, verdammen wir sogar die Versuche, in Rhodesien und Südafrika wie auch in Namibia, eine neue Entwicklung einzuleiten. Mag sein, dass sich dies zum Teil deshalb so entwickelt hat, weil in Südafrika und Rhodesien Schwarze um Menschenrechte ringen, während im Ostblock Weisse Schwarze knebeln oder in Angola/Moçambique Schwarze Schwarze morden. Die Geschichte hat wohl kaum je ein anderes Unrechtssystem erlebt, das von den Verhältnissen im heutigen Ostblock überboten wird. Die wahren Verhältnisse sind uns erst durch die Bürgerrechtskämpfer in den letzten Jahren und Monaten vor Augen geführt worden, zumal sie ihre Heimatstaaten, seien es die UdSSR oder deren Vasallenstaaten im Ostblock verlassen mussten. In Israel konnten wir vor Jahren bereits erfahren, mit welchen Mitteln im Ostblock Familien getrennt, Menschen freigekauft oder nach harten Folterungen nach Sibirien oder dann nach Israel abgeschoben wurden. Weltweit nimmt man Anteil an der Bürgerrechtsbewegung im Ostblock. Weltweit ist auch die Unterstützung, welche die Bürgerrechtskämpfer erhalten. Unmissverständlich hat sich der amerikanische Präsident Carter dafür eingesetzt, ohne Unterschied, ob es sich um Menschenrechtsverletzungen im Ostblock oder aber im Westen handelt. Dabei sind die Vorkommnisse im Westen meines Erachtens Einzelfälle, während der ganze Ostblock ein einziges feinmaschiges und brutales Unrechtssystem darstellt.

Unsere Neutralität verleiht uns die Möglichkeit, die Gesinnungslumpen zusammensetzt. Neutralität bedeutet nämlich keine Gesinnungslumperei. Aus diesem Grund fordere ich den Bundesrat mit meiner Interpellation auf klare Haltung einzunehmen und unmissverständlich auf die Frage über seine Stellungnahme gegenüber den Ostblockdissidenten zu beantworten.

Wir haben in der Folge der Helsinki-Konferenz oftmals gehört, wie die Familienzusammenführung Erfolge verbuchen konnte. Ich frage Sie aber, ist das eine Familienzusammenführung in unserem Sinne, wenn jene wenigen Leute, die aus dem Ostblock in den Westen übersiedeln konnten, für Tausende, Hunderttausende oder Millionen Franken freigekauft werden konnten? Das ist meiner Ansicht nach ein Menschenhandel, der unwürdig ist, als Familienzusammenführung betitelt zu werden. Ich bitte nun den Bundesrat, sich wegen der Dissidenten aus dem Ostblock und über seine Haltung an der Belgrader Nachfolgekonferenz zu äussern.

M. Graber, conseiller fédéral: Un certain nombre de ceux que l'on appelle dans les pays d'Europe orientale les «dissidents» ont été amenés à émigrer au cours de ces dernières années comme vous le savez; ils se voient généralement accorder dans les pays qui les ont accueillis le droit de se mouvoir, d'aller et venir, c'est-à-dire la liberté de circulation garantie par la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés. En Suisse, ils bénéficient de cette liberté de mouvement au même titre que les autres étrangers et les Suisses eux-mêmes. En revanche, leur liberté d'expression, comme celle de tous les étrangers accueillis au titre du droit d'asile, est limitée par l'interdiction d'exercer une activité politique.

Faute de cette restriction, la Suisse risquerait de devenir un foyer d'agitation contre certains pays. Nous avons conscience toutefois de ce qu'elle peut avoir de pénible pour les réfugiés, surtout si l'on tient compte du fait qu'ils n'ont guère d'espoir de pouvoir rentrer dans leur pays et c'est pourquoi le projet de loi sur le droit d'asile, qui sera prochainement soumis à l'Assemblée fédérale, tendra à un rapprochement entre le statut des réfugiés et celui des étrangers en général.

Au plan des principes, le Conseil fédéral, s'inspirant d'une tradition aussi ancienne que notre indépendance, a déjà souligné à plusieurs reprises qu'il condamne toute violation des droits de l'homme sous quelque type de régime qu'elle ait lieu. Cette attitude est le reflet de l'attachement de notre peuple à la liberté et aux institutions démocratiques. Elle a trouvé aussi son expression dans notre adhésion à la Convention européenne des droits de l'homme et également dans notre soutien aux initiatives tendant à promouvoir le respect des droits de l'homme dans le cadre de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe.

Les dissidents d'Europe de l'Est sont des hommes qui n'acceptent pas que, conformément à l'idéologie régnante, les droits individuels et en particulier la liberté d'expression soient subordonnés aux intérêts de la société et de l'Etat. Leur inspiration en vérité est diverse: certains se réclament du marxisme, d'autres sont attachés à la liberté de pensée dans le sens où nous l'entendons en Occident, chez d'autres encore le souffle religieux est évident. Les dissidents visent en premier lieu à propager les droits individuels dans leur propre pays, tout en tirant parti des circonstances internationales. C'est ainsi qu'ils se réclament notamment des dispositions sur les droits de l'homme contenues dans l'Acte final d'Helsinki. La Suisse, et déjà nous avons eu quelquefois l'occasion de le dire, considère que l'Acte d'Helsinki doit être traité comme un tout; il n'est pas question de donner moins d'importance par exemple à la troisième corbeille sur les contacts humains qu'aux autres, ni d'établir une sorte de hiérarchie entre les principes, et c'est pourquoi notamment nous refusons de considérer le principe du respect des droits

l'homme comme subordonné à d'autres et, en particulier, à celui de la non-ingérence dans les affaires intérieures. Dès lors une intervention d'ordre humanitaire, qu'un Etat participant juge utile d'entreprendre, ne peut être considérée comme une ingérence.

Dans la mesure où nous avons à nous occuper de cas particuliers, nous recourons en général à la voie diplomatique. Cette manière de faire conduit à de bons résultats et c'est une constatation qu'il est facile de faire à la veille de Belgrade, qui a incité quelques-uns des Etats de l'Est à donner enfin satisfaction à une série de nos requêtes; mais bien sûr ces cas particuliers doivent être traités conformément aux principes et aux dispositions de l'Acte final.

Les résultats obtenus sur un plan général jusqu'ici dans l'application de cet Acte et les méthodes les plus appropriées pour de nouveaux progrès dans la coopération européenne doivent être discutés, vous le savez, au cours des réunions qui auront lieu à Belgrade dès l'automne prochain. Jusqu'ici ces résultats, j'y ai fait allusion déjà, sont modestes, mais ils existent. Belgrade, l'automne prochain permettra de dresser le bilan de ce qui a été fait et de ce qui n'a pas été fait depuis la signature de l'Acte final à Helsinki. Nous avons, nous l'avons dit aussi déjà à plusieurs reprises, l'intention d'éviter des polémiques superflues mais cela dit, nous nous exprimerons sur la question des droits de l'homme comme sur les autres avec toute la clarté désirable. Et il nous semble que c'est là l'essentiel que nous pouvons apporter aux dissidents. La mise en pratique des résolutions prises à Helsinki, et ce sera ma dernière réflexion, est un processus continu qui s'étendra sur de longues années. Il est important qu'il ne soit pas interrompu. Nul ne souhaite un retour à la guerre froide, nul n'y a intérêt, notamment pas en tout premier lieu ceux qui sont convaincus que l'action des dissidents pourra faire progresser la cause des droits de l'homme.

Präsident: Herr Oehler hat die Möglichkeit zu erklären, ob er von der Beantwortung dieser Interpellation befriedigt sei.

Oehler: Ich danke dem Vorsteher des Politischen Departements für seine Ausführungen und hoffe, dass er seine Haltung zusammen mit den weiteren Vertretern an der Belgrader Nachfolgekonzferenz auch im Herbst weiterhin derart unmissverständlich zum Ausdruck bringt. Ich erkläre mich von der Antwort befriedigt.

77 367

Interpellation Oehler. Fürstentum Liechtenstein. Zusammenarbeit Principauté de Liechtenstein. Collaboration

Wortlaut der Interpellation vom 5. Mai 1977

Die jüngste Wirtschaftsgeschichte hat erneut gezeigt, dass schwerwiegende Vorkommnisse mit ebensolchen Folgen für unsere Wirtschaft oftmals ihren Ursprung, ihren Abschluss oder mindestens eine ihrer Durchlaufstationen im benachbarten Fürstentum Liechtenstein haben. Der Bundesrat wird deshalb ersucht, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass unter voller Wahrung und Berücksichtigung der Souveränität der beiden Partnerstaaten alles daran zu setzen ist, dass in Anbetracht der besonderen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein die Vereinbarungen über die bestehenden Vertragsverhältnisse ausgedehnt und namentlich auch weitere Rechtserlasse über das Wirtschaftsgeschehen miteinzubeziehen sind?

2. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass im gegenseitigen Einvernehmen und in voller Respektierung der Souveränität beider Staaten und ihrer Organe die Rechtsangleichung weitergeführt werden soll?

3. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass ein solches Verfahren zusammen mit den bestehenden Abkommen im gegenseitigen, öffentlichen Interesse liegt?

4. Hält der Bundesrat an seinen Schlussfolgerungen fest, die er in seinem Bericht über die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein im Jahre 1972 gezogen hat, vor allem auch in bezug auf die Niederlassungs- und Aufenthaltsvereinbarungen von Angehörigen beider Vertragsstaaten?

Texte de l'interpellation du 5 mai 1977

Il arrive souvent, comme de récents événements d'ordre économique l'ont démontré une fois de plus, que des affaires graves, dont les conséquences pour notre économie le sont tout autant, soient entreprises, se terminent ou se déroulent, du moins en partie, sur le territoire de la Principauté voisine de Liechtenstein. C'est pourquoi le Conseil fédéral est invité à répondre aux questions suivantes:

1. Le Conseil fédéral n'est-il pas de l'avis qu'il importe, compte tenu des relations particulières qui existent entre la Suisse et le Liechtenstein, et dans le respect de l'entière souveraineté des deux Etats, de tout entreprendre afin d'étendre encore le domaine réglé par les conventions et d'y intégrer notamment un plus grand nombre d'actes législatifs touchant les activités économiques?

2. N'est-il pas de l'avis qu'il convient, d'un commun accord et dans un strict respect de la souveraineté des deux Etats et des attributions de leurs organes, de poursuivre l'harmonisation de leurs législations?

3. Ne considère-t-il pas qu'une telle procédure est, au même titre que les accords existants, dans l'intérêt commun des deux Etats?

4. Estime-t-il que les conclusions de son rapport de 1973 sur les relations avec la Principauté de Liechtenstein sont encore valables, notamment en ce qui concerne les accords sur l'établissement et le séjour de citoyens de l'autre Etat dans l'un des deux pays?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Biderbost, Bommer, Bürer, Dürr, Hungerbühler, Kaufmann, Röthlin, Thalmann, Wellauer (9)

Oehler: Die Interpellation über die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein ist hier zu diesem Zeitpunkt eigentlich falsch placiert, und zwar deswegen, weil sie im Anschluss an die nachfolgenden Traktanden hätte behandelt werden sollen. Aber sie ist jetzt so auf der Tagesordnung.

Als ich vor knapp fünf Jahren eine Anfrage in diesem Rat über Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein einreichte, hat diese Anfrage im Nachbarland wahre Glaubenskriege ausgelöst. In der liechtensteinischen Presse wurde die entsprechende Anfrage damals als hinterhältig, unverschämt oder gar imperialistisch qualifiziert. Der Gipfel des undemokratischen Verständnisses war erreicht, als gewisse Kreise aus dem Nachbarland zu einer Hatzjagd ansetzten.

Mittlerweile sind nicht nur fast fünf Jahre verstrichen, sondern einige hat sich geändert. So beispielsweise sind jene, die damals zum grossen Schlag ausholen wollten, nun in der Zwischenzeit aus dem Wirtschaftsleben verschwunden oder aber sonstwie wegen der letzten Vorkommnisse, über die wir uns in der Folge unterhalten werden, kaltgestellt worden. In der Zwischenzeit sind auch einige Dutzend jener juristischen Personen im Fürstentum Liechtenstein zwangsweise liquidiert worden. Sehr bedeutungsvoll ist die Tatsache, dass im Nachbarland ein eigentlicher Gesinnungswandel festzustellen ist. Vor fünf Jahren konnte im

Erklärung des Bundesrates zum Fall Sacharow

Mit grosser Beunruhigung hat der Bundesrat vom Vorgehen der sowjetischen Behörden gegen Andrei Sacharow Kenntnis genommen. Diese Massnahmen stehen im Widerspruch zur Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und insbesondere zum Prinzip der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Déclaration du Conseil fédéral

C'est avec une vive inquiétude que le Conseil fédéral a appris les sanctions prises à l'encontre d'Andrei Sakharov par les autorités soviétiques. Ces mesures contreviennent à l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, notamment au principe du respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales.

25. Januar 1980

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
Informationsdienst